

Eröffnung des 19. Tourismusgipfels

Dr. Michael Frenzel

**Präsident des Bundesverbands
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede (Montag, 12. Oktober 2015, 11:00 Uhr)

Exzellenzen, sehr geehrter Herr Senator Neumann,
ich begrüße Frau Brehmer als Vorsitzende des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestags, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Gleicke,
herzlich Willkommen an die zahlreichen Abgeordneten aus Bund und Ländern,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ganz herzlich Willkommen zu unserem mittlerweile 19. Tourismusgipfel hier im Hotel Adlon in Berlin. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sehr herzlich die Mitglieder unseres neuen BTW-Nachwuchskreises begrüßen, der gestern zum ersten Mal zusammengetroffen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Welt zu Gast in Deutschland und Deutschland zu Gast in der Welt - auf diesen Nenner lässt sich zusammenfassen, wofür unsere Branche steht. Genau darüber wollen wir heute auch auf dem Tourismusgipfel sprechen. Wir reisen in den nächsten Stunden von Deutschland über Europa in die Entwicklungs- und Schwellenländer und machen dabei einen Abstecher in die digitale Welt.

Ich freue mich sehr, dass wir dabei auch dieses Jahr wieder zahlreiche prominente Redner hier im Hotel Adlon begrüßen dürfen:

- EU-Kommissar Günther Oettinger zum Thema Digitalisierung
- den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament Elmar Brok zu den aktuellen Herausforderungen in Europa
- die Staatssekretäre Iris Gleicke und Jens Spahn zur Frage, wie Deutschland mit den aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen umgehen sollte
- den Hamburger Innen- und Sportsenator Michael Neumann zur Olympiavision 2024 und
- den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, von dem wir eine Tour de Raison durch alle aktuellen Themengebiete erwarten dürfen.

Luftverkehrssteuer, Bettensteuern, Pkw- und Busmaut, die nach wie vor präsen- te Streikgefahr, Infrastrukturinvestitionen oder auch die Wettbewerbsverzerrungen im Luftverkehr: Das alles und vieles mehr steht weiter auf unserer Agenda. Natürlich wird der BTW sich hier weiter im Sinne der Branche stark machen.

Und doch haben wir dieses Jahr für unseren Tourismusgipfel etwas andere Akzente gesetzt: Es geht um die großen europäischen Herausforderungen von der Griechenlandkrise bis hin zum aktuellen Flüchtlingsdrama und die Frage, wie Europa und explizit auch Deutschland darauf reagieren können und müssen. Es geht um die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Branche und unserer Kunden in Entwicklungsländern. Und last but not least geht es um die Zukunft unserer Branche und die Frage, ob und wie sich die Wertschöpfungsketten künftig im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung verändern werden.

Doch bevor wir nun in unser Programm einsteigen, gestatten Sie mir noch einen kurzen politischen und wirtschaftlichen Rückblick auf das bisherige Jahr und einen Ausblick auf die anstehenden Herausforderungen für unsere Branche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Deutschen reisen. Die Welt reist. Und die Welt ist gern zu Gast in Deutschland. Die bisherigen wirtschaftlichen Eckdaten für 2015 beweisen das deutlich. Lassen Sie mich einige exemplarisch herausgreifen:

- Weltweit gab es im ersten Halbjahr 538 Millionen Touristenankünfte. Das waren laut UNWTO noch einmal 21 Millionen bzw. 4 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten 2014.
- Die Zahl der Übernachtungen in Deutschland stieg bis einschließlich August um 3 Prozent auf mehr als 298 Millionen. Das Wachstum bei den Gästen aus dem Ausland war mit einem Plus von 5 Prozent erneut überdurchschnittlich.
- Die Flughäfen zählten bis August fast 144 Millionen Passagiere und damit 4,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Hierbei ist allerdings der Basiseffekt der vielen streikbedingten Flugausfälle im Vorjahr zu berücksichtigen.
- Eine erste Zwischenbilanz des Reisesommers aus Veranstalter- und Reisebürosicht fiel ebenfalls positiv aus, Buchungen und Umsatz lagen im Plus – endgültige Zahlen sind in den kommenden Wochen zu erwarten.
- Der BTW-Tourismusindex, der die Reiselane der Deutschen misst, konnte Mitte des Jahres sein stabil hohes Niveau bestätigen. Das lässt hoffen, dass die Gesamtzahl der privaten Reisetage den Rekordwert aus dem vergangenen Jahr erneut übertrifft.

Auch politisch könnte man den Eindruck gewinnen, dass bislang ein gutes Jahr für die Branche hinter uns liegt: Die Tarifeinheit ist Gesetz, die Pkw-Maut liegt zumindest vorerst auf Eis, einige Mindestlohn-Regelungen wurden korrigiert.

Wir sind zudem in der glücklichen Situation, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland weiter gut ist. Die Reallöhne der Deutschen befinden sich im stabilen Aufwärtstrend. Die Inflation ist seit Monaten minimal, die Arbeitslosigkeit niedrig. Bleibt zu hoffen, dass diese Traumkonstellation Bestand hat. Dass das zuletzt schwächelnde Konsumklima und die nach unten korrigierten Wirtschaftsprognosen nicht weiter nachgeben.

Allerdings sollte man sich vor Augen halten, dass unsere Rahmenbedingungen fragil sind: Wir leben, so kommt es mir manchmal vor, auf einer Insel der Scheinstabilität. Die Niedrigzinspolitik, das nicht gelöste Problem Griechenland, die Zukunft Europas und des Euros, um nur einige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu nennen, können sehr schnell unsere Lage eintrüben und unsere Kraft, um auch die große Herausforderung Zuwanderung zu meistern, entscheidend schwächen.

Zudem muss man auch deutlich anmerken, dass viele Probleme der Branche nicht gelöst sind. Die Pkw-Maut ist vorerst nur verschoben. Der Mindestlohn und die damit einhergehende Bürokratie macht vielen Betrieben insbesondere im ländlichen Raum weiterhin zu schaffen. Die Streikgefahr gerade auch im Luftverkehr ist nach wie vor nicht gebannt. Auch darüber hinaus bleibt viel zu tun. Wie sieht unsere Realität aus, werden Sie nun fragen, und was muss sich ändern? Lassen sie mich einige Beispiele nennen:

Beginnen möchte ich mit den nach wie vor realitätsfremden Höchstgrenzen bei den Arbeitszeiten. Die Arbeitswelt 2015 verlangt nach Korrekturen. Das gilt mit Blick auf Veränderungen, die die Digitalisierung in den Arbeitsalltag gebracht hat. Das gilt aber auch mit Blick auf „analoge Konstanten“ und dabei ganz besonders auch für die Lebenswirklichkeit

in Gastronomie und Hotellerie. Ich möchte hier nur das klassische Beispiel der zeitlich häufig kaum kalkulierbaren Familienfeiern in der Gastronomie nennen. Ich frage Sie: Würden Sie als Gast gern mitten in einer geselligen Hochzeitsfeier um 1 Uhr nach Hause geschickt werden, weil die Servicekräfte ihre tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden erreicht haben und jetzt nicht mehr weiterarbeiten dürfen? Ich denke nicht! Nicht dass Sie mich falsch verstehen: Es geht nicht darum, die Gesamtarbeitszeit des Mitarbeiters zu erhöhen. Es muss aber erlaubt sein, diese bei Bedarf flexibler zu verteilen!

Ein zweites Thema, bei dem große Teile von Politik und Verwaltung die Augen vor der Realität verschließen, ist die Gewerbesteuerliche Hinzurechnung. Ganz klar ist: Die dramatischen Auswirkungen auf die Reiseveranstalter bis hin zur Existenzfrage, die nun im Raum stehen, hatte der Gesetzgeber nicht vor Augen, als er die Gewerbesteuer neu ausgestaltet hat. Ich wage sogar zu behaupten, dass der Politik nicht bewusst war, dass das Gesetz überhaupt eine Relevanz hat, wenn es um die Frage des Hotelzimmereinkaufs durch Reiseveranstalter geht. Das, was jetzt im Raum steht, ist schlicht ein „Mitnahmeeffekt“. Die Finanzverwaltung hat den Gesetzestext in ihrem Sinne interpretiert. Dieses Rad zurückzudrehen, erfordert intensive Überzeugungsarbeit und ein nachhaltiges Aufzeigen der fatalen Folgen.

Eine Übermaßbesteuerung, wie sie nun in vielen Fällen droht, kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein und ist zudem unzulässig. Die Blockade der Bundesländer und des Bundesfinanzministeriums verbaut die Zukunft der international führenden Reiseveranstalterlandschaft in Deutschland. Das ist unerträglich und verantwortungslos und leistet auch allen mit diesem Geschäftsmodell verbundenen Verbraucherschutzideen einen Bärendienst. Große Teile der Politik gehen über alle wissenschaftlichen Stellungnahmen, die unsere Haltung stützen, hinweg. Sie versuchen sich unter Hinweis auf laufende Gerichtsverfahren ihrer Verantwortung zu entziehen. Das Bundeswirtschaftsministerium nehme ich ausdrücklich aus dieser Kritik aus.

In dieser Frage ist es 5 vor 12. Die Branche befindet sich in einer schwierigen Situation - das gilt gerade auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die nicht auf höchstrichterliche Urteile in ein paar Jahren warten können. Die Lücke im Gesetz muss geschlossen oder zumindest der Auslegungserlass korrigiert werden. Genau das ist unser Ziel und genau dafür werden wir weiter kämpfen!

Mangelnde Realitätsnähe kennzeichnet auch die Novellierung der Pauschalreiserichtlinie in Brüssel. Die Richtlinie sollte eigentlich an die neue Lebenswirklichkeit angepasst werden. Der Anwendungsbereich sollte auf die zunehmend digitalen Vertriebsstrukturen und die neuen Player im Markt ausgeweitet werden. Das ist zu einem guten Teil gescheitert. Zwar ist es der Branche gelungen, auf der Zielgeraden noch größeren Schaden von den traditionellen Anbietern wie Hotels sowie Reiseveranstaltern und -büros abzuwehren. Dennoch sind es sie, an die die neue Richtlinie nun zusätzliche Anforderungen stellt. Die meisten digitalen Anbieter müssen hingegen kaum zusätzliche Belastungen schultern oder fallen sogar ganz durchs Anwendungsraster. Damit hat die EU an einer Zweiklassengesellschaft in Sachen Verbraucherschutz festgehalten – zu Lasten vieler Kunden und traditioneller Unternehmen.

Jetzt muss die Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Es darf nicht noch mehr Belastungen für die klassischen Geschäftsmodelle geben. Das muss oberste Priorität in Deutschland sein! Dafür muss der deutsche Gesetzgeber sorgen!

Um nicht missverstanden zu werden: Ich stehe hier nicht als ein Verteidiger klassischer, analoger Geschäftsmodelle, der die Digitalisierung und deren Unternehmen bekämpft. Im Gegenteil: Die Digitalisierung hat alle Lebensbereiche erreicht, ist nicht umkehrbar und eröffnet gerade den klassischen Anbietern, wenn sie sich auf ihre Stärken Content, Qualität, Marke, Kundennähe besinnen, große Chancen.

Was ich einfordere, ist Wettbewerbsgleichheit, gleiche Regeln für alle Anbieter, egal ob analog oder digital, ob Sharing Economy oder klassisches Geschäftsmodell. Das gilt auch gerade im Wettbewerbsrecht, wo der Gesetzgeber auf europäischer wie nationaler Ebene vor der Herausforderung steht, den neuen Giganten wie Google und Amazon die Grenzen ihrer Marktstellung aufzuzeigen.

Auf jeden Fall bin ich schon sehr gespannt, wie der für das Thema Digitalisierung zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger die Lage einschätzt und ob er Antworten auf die drängenden Fragen hat. Gespannt dürfen wir auch sein, wie Google und Lufthansa die Zukunft der klassischen Wertschöpfungsketten sehen.

Um Lebenswirklichkeit und neue Realitäten geht es in Deutschland und Europa auch bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme. Die Flüchtlingsbilder, die derzeit die Medien prägen, sind dramatisch und lassen die Herausforderungen erahnen, die auf unser Land warten. Viele Bilder, gerade zu Anfang, haben auch Mut gemacht: Sie zeigen eine Welle der Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft. Das sind Werte, für die auch unsere Branche steht, auf die wir in Deutschland stolz sein können.

Allerdings, meine Damen und Herren, müssen wir vorsichtig sein, dass angesichts der schiereren Menge und des nicht absehbaren Zustroms diese Welle nicht umschlägt. Ein Recht, auch ein Asylrecht, läuft dann leer, wenn dessen exzessive Inanspruchnahme die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung gefährdet. Die Politik, und damit wir alle, stehen vor der Herausforderung, in einer Abwägung zwischen humanitär gebotener Hilfe und faktischer Verkräftbarkeit der vielen Flüchtlinge, Lösungen zu finden. Auf der einen Seite darf die Politik nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Sie muss Sorgen ernst nehmen und das große ehrenamtliche Engagement würdigen. Gleichzeitig muss sie den dumpfen, rechtsnationalen Parolen entgegenwirken. In dieser Frage erwarte ich, dass alle demokratischen Parteien konstruktiv zusammenarbeiten und ihre Verantwortung wahrnehmen. Die offenkundigen Integrationsfehler der Vergangenheit – Stichwort Neukölln – dürfen nicht wiederholt werden.

Für uns als Tourismuswirtschaft ist es selbstverständlich, unseren Teil zur Bewältigung der immensen Herausforderungen zu leisten. Integration durch Beschäftigung und Ausbildung: Das ist die vielfach geäußerte Hoffnung und auch aus unserer Sicht ein zielführender Weg. Unsere Wachstumsbranche mit rund 3 Millionen Beschäftigten bietet Chancen für fast alle Qualifikations- und Bildungslevel. Ich denke, dass wir gerade an dieser Stelle zur Integration von Flüchtlingen beitragen können. Doch dafür müssen auch die Grundlagen stimmen! Es ist immens wichtig, dass sich gerade die vielen kleinen Unternehmen nicht alleingelassen fühlen. Die Politik muss sie durch Erleichterungen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit unterstützen: Es geht um frühestmöglichem Sprachunterricht, um Planungssicherheit für die gesamte Ausbildungszeit und um Korrekturen der Vorrangprüfung.

Mit Blick auf die ebenfalls zahlreichen Wirtschaftsflüchtlinge gilt es, die Rahmenbedingungen in den Heimatländern zu verbessern. Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in vielen Regionen dieser Welt. Er kann definitiv dazu beitragen, Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen. Unsere Studie Entwicklungsfaktor Tourismus zeigt, wie sehr der Tourismus aus Deutschland in Entwicklungs- und Schwellenländern insbesondere zu Bruttowertschöpfung und Beschäftigung beiträgt. Ergebnisse aus dieser Studie werden wir heute Nachmittag präsentieren und diskutieren.

Lassen Sie mich mit einem leichteren Thema ausklingen:

Vor der Mittagspause wird die Olympiabewerbung Hamburgs im Mittelpunkt stehen. Die Fußball-WM 2006 hat bewiesen, welches Potenzial Großveranstaltungen bieten. Die Welt war zu Gast bei Freunden. Sie hat dieses Gefühl mit nach Hause genommen und beibehalten. Deutschland kletterte in Imagerankings auf Platz eins. Die Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland sind seit dem Sommermärchen 2006 um mehr als 40 Prozent gestiegen. Die WM 2006 hatte immens positive Auswirkungen auf den Tourismusstandort Deutschland. Und ich bin fest überzeugt, dass auch Olympia 2024 in Hamburg ein Gewinn für die Stadt, für unser Land und für unsere Branche wäre. Die Tourismuswirtschaft steht hinter Hamburg. Wir wollen Olympia 2024 in Hamburg! Deshalb gilt unser Appell den Bürgern in Hamburg: Ergreifen Sie diese Chance, stimmen Sie in 7 Wochen für die Olympiabewerbung! Legen Sie den Grundstein, dass wir auch 2024 wieder sagen können: Die Welt zu Gast bei Freunden!

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Themen, die unsere Branche und damit uns als BTW beschäftigen, sind fast so vielfältig wie die Produkte, die unsere Unternehmen anbieten. Auch wenn viele Herausforderungen auf uns warten und es viele dicke Bretter zu bohren gibt, eines ist klar: „Die Welt zu Gast in Deutschland und Deutschland zu Gast in der Welt“ – das ist unsere Vision und dafür werden wir uns auch weiter stark machen!

Vielen Dank!